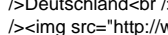




Oxfam kritisiert Bundestagsbeschluss: Hungerbekämpfung wird Biosprit-Branche geopfert

Oxfam kritisiert Bundestagsbeschluss: Hungerbekämpfung wird Biosprit-Branche geopfert
Der Bundestag will heute Abend eine Erhöhung des Biospritanteils für die Jahre 2015 und 2016 beschließen. Im Jahr 2020 soll Biosprit sogar einen Anteil von zehn Prozent am Gesamtenergieverbrauch im Verkehrsbereich haben. Auf europäischer Ebene wird hingegen seit zwei Jahren eine stärkere Begrenzung von Biosprit aus Nahrungsmitteln diskutiert.
Oxfams Agrarexpertin Marita Wiggerthale kommentiert: "Die Bundesregierung opfert die Hungerbekämpfung und den Klimaschutz für die deutsche Biospritbranche. Mit ihrer Entscheidung ignoriert die Bundesregierung die aktuelle Reformdebatte auf europäischer Ebene. Ihre Biosprit-Politik ist rückwärtsgewandt und unverantwortlich. Angesichts der desaströsen sozialen und ökologischen Auswirkungen und der schlechten Klimabilanz von Biosprit wäre es das einzige Vernünftige, die Förderung von Biosprit aus Nahrungsmitteln ganz zu beenden. Der Biospritbranche wird mit der neuen Gesetzesregelung für die Jahre 2015/16 eine Absatzgarantie von ca. 500.000 Tonnen zusätzlich geschenkt. Das entspricht einer Anbaufläche von 250.000 Hektar."
Was fordert Oxfam?
Oxfam setzt sich für eine Reform der Erneuerbaren-Energierichtlinie von 2009 und eine entsprechende Umsetzung in Deutschland ein und fordert:
- eine Abschaffung des 10-Prozent-Ziels für Erneuerbare Energien im Transportbereich und ein Ende jeglicher Förderung solcher Biosprits, der mit Nahrungsmitteln, Land und Wasser konkurriert.
- eine Einbeziehung aller Treibhausgasemissionen in die Emissionsberechnung, einschließlich der Emissionen durch indirekte Landnutzungsänderungen.
- eine Einführung von verbindlichen Sozialkriterien für die Biospritproduktion, die die Ernährungssicherheit, den Zugang zu Land und Wasser, Menschenrechte und das Prinzip der freien, rechtzeitigen und informierten Zustimmung von betroffenen Gemeinden umfasst.
Hintergrund
Im Jahr 2009 hatte der Deutsche Bundestag beschlossen, die Biokraftstoffquote ab dem Jahr 2015 auf eine Treibhausgasquote umzustellen. Die Bundesregierung hat einen Gesetzesentwurf zur Änderung des betreffenden Bundes-Immissionsschutzgesetzes eingebracht, der heute Abend vom Bundestag verabschiedet werden soll (zweite und dritte Beratung). Er sieht eine Anhebung der Treibhausgasquote für die Jahre 2015 und 2016 sowie eine Absenkung für die Zeit ab dem Jahr 2017 vor.
Landwirtschaftsminister Christian Schmidt hatte sich in der Koalition für eine höhere Treibhausgasquote eingesetzt - 3,5 Prozent statt 3,0 Prozent für die Jahre 2015 und 2016, nachdem die Biokraftstoffbranche vor einem massiven Einbruch von Biokraftstoffen gewarnt hatte. Die Folge: Die Biospritbranche erhält mit der neuen Gesetzesregelung eine Absatzgarantie von ca. 500.000 Tonnen zusätzlich (laut Artikel Stuttgarter Nachrichten vom 25.9.2014).
Im Jahr 2020 soll die Treibhausgasquote 6,0 Prozent statt 7,0 Prozent betragen. Dies entspräche einem Anteil von Biokraftstoffen am Gesamtenergieverbrauch im Verkehrssektor von zehn bzw. zwölf Prozent. Auf europäischer Ebene wird hingegen seit zwei Jahren über eine stärkere Begrenzung von konventionellen Biokraftstoffen diskutiert.
Die EU-Kommission hatte am 17. Oktober 2012 einen Gesetzesvorschlag für eine Reform der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie und der Kraftstoffqualitätsrichtlinie eingebracht. Das Ziel: konventionelle Biokraftstoffe aus Nahrungsmitteln (1. Generation) mit einem höheren Treibhausgasrisiko (Stichwort: indirekte Landnutzungsänderungen, ILUC) zu begrenzen, um die Klimabilanz zu verbessern. Sie schlug eine Begrenzung von konventionellen Biokraftstoffen auf fünf Prozent am Gesamtenergieverbrauch im Verkehrssektor vor, während das vorherige Europaparlament einen Anteil von sechs Prozent und der Europäische Rat einen Anteil von sieben Prozent beschlossen. Nun befasst sich das neue Europaparlament wieder mit der Frage.
Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland
Telefon: +49-30-453069-0
Telefax: +49-30-453069-401
Mail: info@oxfam.de
URL: <http://www.oxfam.de/>


Pressekontakt

Oxfam Deutschland e.V.

10179 Berlin

oxfam.de/
info@oxfam.de

Firmenkontakt

Oxfam Deutschland e.V.

10179 Berlin

oxfam.de/
info@oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V. ist eine unabhängige Nothilfe- und Entwicklungsorganisation. Wir sind davon überzeugt, dass Armut und Ungerechtigkeit vermeidbar sind und überwunden werden können. Unser Ziel ist eine gerechte Welt ohne Armut, in der die Grundrechte jedes Menschen gesichert sind: Das Recht auf nachhaltige Erwerbsgrundlagen, auf funktionierende Gesundheits- und Bildungssysteme, auf ein Leben in Sicherheit, darauf, gehört zu werden und auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Im internationalen Oxfam-Verband setzen sich 17 Oxfam-Organisationen mit rund 3.000 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern als Teil einer globalen Bewegung für eine gerechte Welt ohne Armut ein. Der Name Oxfam steht für Oxford Committee for Famine Relief. Es wurde 1942 in Großbritannien als Reaktion auf das Leid der Zivilbevölkerung im von Deutschland besetzten Griechenland gegründet. Unser Ziel ist eine gerechte Welt ohne Armut, in der die Grundrechte jedes Menschen gesichert sind: Das Recht auf nachhaltige Erwerbsgrundlagen, auf funktionierende Gesundheits- und Bildungssysteme, auf ein Leben in Sicherheit, darauf, gehört zu werden und auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Der Umzug in ein für unsere Arbeitsabläufe geeignetes Gebäude Anfang 2013 ist ein wichtiger Meilenstein für Oxfam Deutschland. Eine verbesserte Raumsituation und die Nachbarschaft zu anderen gemeinnützigen Organisationen sind gute Ausgangspunkte, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Den Rahmen für diese Arbeit legt unser Strategischer Plan 2013?2017 fest? eingebettet in die neue strategische Planung von Oxfam International. Die folgenden Themen werden für unsere Arbeit und die Kooperation im Verbund zentral sein: Ausweitung unseres Engagements in der Krisenvorsorge und Nothilfe. Unterstützung von lokalen Initiativen, um Menschen in Not langfristig zu stärken, und von Regierungen, damit sie effektiver auf Krisen reagieren können.....Durchsetzung von mehr und qualitativ hochwertigeren Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit. Unterstützung der Bevölkerung in armen Ländern, um ihre Regierungen und die Geberländer zur Rechenschaftslegung zu bewegen;...Verstärkung der Kooperation mit Organisationen, Bewegungen und Gemeinschaften in Ländern des globalen Südens, um gemeinsam Veränderungen in Politik und Wirtschaft durchzusetzen;...Beitrag zu einem umfassenden Bewusstseinswandel zum Thema Geschlechtergerechtigkeit durch fortgesetzte besondere

Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in allen Programmen. Um effizient zu arbeiten, müssen wir unsere Ressourcen optimal nutzen. Zu diesem Zweck setzen wir konsequent Maßnahmen wie die Aufgabenteilung im Verbund oder das zentrale Bereitstellen von Wissen und Studien ein. Die so freiwerdenden Kapazitäten benötigen wir auch zukünftig, wenn wir den Herausforderungen einer sich ständig verändernden Welt gerecht werden wollen. In den kommenden Jahren bleiben Konsolidierung und die Bündelung von Aktivitäten daher wichtige Themen für uns. Eine kurzfristige Verlangsamung unseres Organisations-Wachstums nehmen wir dabei gern in Kauf, da die erzielte Effizienz uns hilft, Ressourcen einzusparen. Um weiterhin überall dort Nothilfe und dauerhafte Unterstützung leisten zu können, wo es notwendig ist, werden wir 2013 neben privaten Spenden und den Erträgen aus den Oxfam-Shops den Ausbau weiterer verlässlicher Finanzierungsmechanismen für unsere Arbeit vorantreiben. Hierzu wollen wir neue Unterstützerinnen und Unterstützer ansprechen und gewinnen sowie mehr Mittel aus öffentlichen Zuwendungen generieren.